



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

28. Sitzung (öffentlich)

22. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 17:31 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss beschließt, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 6 – Stichwort „Deichsanierung“ – als TOP 5 aufzurufen. | |
| 1 Aktueller Sachstand Wolf (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) | 6 |
| – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| – Wortbeiträge | |
| 2 Vorstellung des Projekts „Buntes Klassenzimmer NRW“ (s. Anlagen 1 und 2) | 10 |
| – Gespräch mit sachverständigen Gästen | |

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
28. Sitzung (öffentlich)

22.11.2023
sd-yö

**3 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in
Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen** **21**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

Ausschussprotokoll 18/349 (Anhörung am 18.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Frak-
tionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die
Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

**4 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der
Gesetze berufsständischer Versorgungswerke** **24**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5349

– keine Wortbeiträge

Ausschussprotokoll 18/390 (Anhörung am 02.11.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung
mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei
Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

**5 Stand der Deichsanierungen in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt
von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1937

– Wortbeiträge

- 6 Weil nicht nur die Zeit verrinnt: Wie steht es um eine Übersicht zur Wasserentnahme in NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1938
- Wortbeiträge
- 7 Neuorganisation der NRW-Umweltverwaltung – Was ist der aktuelle Stand? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])** **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1936
- Wortbeiträge
- 8 Verschiedenes** **39**

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
28. Sitzung (öffentlich)

22.11.2023
sd-yö

3 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

Ausschussprotokoll 18/349 (Anhörung am 18.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales am 16.06.2023)

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) verweist auf die Anhörung im September, die an dem Tag stattgefunden habe, an dem auch die Internationale SDG-Konferenz in New York eröffnet worden sei. Die Anhörung sei sehr intensiv gewesen. Die Sachverständigen hätten dem Anliegen, dem Inhalt des Antrages hohen Respekt gezollt. Sie hätten deutlich gemacht, wie wichtig es sei, dass das Land Nordrhein-Westfalen diesen Weg gehe und die regierungstragenden Fraktionen diesen Antrag gestellt hätten.

Die Sachverständigen hätten deutlich gemacht, dass die Nachhaltigkeitsstrategie als Rahmen verstanden werden müsse und dass Nachhaltigkeit als handlungsleitende Norm in allen Ressorts, in allen Landesbehörden umgesetzt und beachtet werden sollte. Es müsse intensiv zusammengearbeitet werden.

Eben sei darauf hingewiesen worden, dass es notwendig sei, die Ideen und Ziele der Nachhaltigkeit in die Breite der Bevölkerung zu tragen, da das noch nicht überall angekommen sei. Wichtig sei auch die Berücksichtigung der Kommunen, denn in den Kommunen müssten viele Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, der Nachhaltigkeitspolitik umgesetzt werden. Die Kommunen mitzunehmen und bei den Arbeiten zu berücksichtigen, sei ganz wichtig.

Von den Sachverständigen sei gesagt worden, dass es vielleicht noch Potenziale gebe, über das, was im Antrag stehe, hinauszugehen. Die Sachverständige der Bertelsmann Stiftung habe auf das Land Hessen verwiesen, das schon einige Schritte weiter sei als Nordrhein-Westfalen. Nichtsdestotrotz sei der Antrag eine gute Grundlage, um die Arbeit der Landesregierung, die in den vergangenen Jahren das Thema „Nachhaltigkeit“ als einen zentralen Eckpfeiler etabliert und im MUNV zentral verankert habe, weiterzuführen, die einzelnen Teilprojekte zu unterstützen, fortzuführen und die Arbeit zu intensivieren.

Insbesondere solle der Beirat, der im MUNV angegliedert sei, substanziell zu einer Weiterentwicklung der gesamten Nachhaltigkeitsstrategie, der Nachhaltigkeitsarbeit

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
28. Sitzung (öffentlich)

22.11.2023
sd-yö

beitragen. Er freue sich, dass der Antrag gestellt worden sei, dass die Anhörung stattgefunden habe. Natürlich werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Nina Andrieshen (SPD) hält fest, der Titel des Antrags laute, die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umzusetzen. An dem Wort „konsequent“ wolle sie den Antrag auch messen. Darunter verstehe ihre Fraktion eine ehrliche Halbzeitbilanz und eine Analyse der Dinge, die es schon gebe, ob die gewirkt hätten, wo nachgebessert werden müsse. Sie wünsche sich bei den Zielen eine Verbindlichkeit und klare Prioritäten bis hin zu einer Terminierung, einer terminlichen Verpflichtung.

Das, was in dem Antrag fehle, sei das, was Frau Gründer mit ihrem Wedding Cake deutlich gemacht habe: Die ökologischen und sozialen Aspekte seien das Fundament. Die sozialen Aspekte fehlten eindeutig in dem Antrag. Deswegen werde ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen können.

Dietmar Brockes (FDP) legt dar, wie wichtig das Thema sei, darüber habe der Ausschuss in dem Tagesordnungspunkt zuvor gesprochen. Die Frage sei, ob der Antrag dem Thema gerecht werde. Wer in den Antrag hineinschaue, erkenne, dass er dem eben nicht gerecht werde.

Die Nachhaltigkeitsstrategie solle fortgeschrieben werden. Aber konkrete Maßnahmen seien in dem Antrag absolute Fehlanzeige. Dann heiße es, man wolle neue Instrumente ergänzen. Es werde aber kein einziges Instrument aufgeführt, das man hier voranbringen wolle. Das sei praktisch nur eine Blaupause, damit die Landesregierung an dem Thema jetzt arbeiten solle. Er gehe davon aus, dass sie das auch ohne diesen Antrag machen werde. So verstehe er jedenfalls die Regierungsarbeit.

Eben sei auch auf den Punkt BNE hingewiesen worden. Das werde in dem Antrag gewürdigt. Im Forderungsanteil allerdings stehe nichts zur Stärkung der BNE. Der gesamte Antrag bestehe leider nur aus Prüfaufträgen. Neue konkrete Impulse seien Fehlanzeige. So einem substanzlosen Antrag könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Zacharias Schalley (AfD) betont, der Antrag solle die 17 SDGs, die eine Blaupause für eine globale Formulierung mit universellem Anspruch seien, in Bürokratie umsetzen. Da habe man noch gar nicht über das Thema „demokratische Legitimität“ von den Nachhaltigkeitsräten gesprochen. Hier würden wieder die grünen Ziele zur Schau gestellt, bei denen die CDU einfach mitmache und sich die grüne Agenda überstülpen lasse. Seine Fraktion lehne den Antrag selbstverständlich ab.

Dr. Ralf Nolten (CDU) erwidert, das sei die übliche Oppositionsrhetorik, die er erwartet habe.

An Herrn Brockes gewandt, fährt der Redner fort. Er lese einen Punkt aus dem Forderungskatalog vor:

„Der Landtag beauftragt die Landesregierung [...], in der Beschaffungspraxis der Landesverwaltung (bei der Prüfung und Entscheidung) als Vorbild voranzugehen und neben ökonomischen auch stärker Aspekte der Nachhaltigkeit zu etablieren und das dazu notwendige Wissen in der Landesverwaltung durch praxisnahe Leitfäden, digitale Tools, Fortbildungs- und Beratungsangebote ressortübergreifend zu vermitteln.“

Das betreffe die Landesverwaltung. Natürlich sei das Konzept Nachhaltigkeit sehr umfassend. Da könne man natürlich noch andere Aspekte stärker herausarbeiten. Da hätte man Teile der Wirtschaft einarbeiten können. Hier gehe es darum, der Landesverwaltung zu zeigen, man gehe voran mit den Einrichtungen, mit den Beschäftigten, die man habe.

Wenn man sich die Vergabep Praxis anschau: Da seien Nachhaltigkeitskriterien zu allermeist nur im Bereich der Ausschreibung, im Bereich Bauen realisiert, in vielen anderen Bereichen nicht. Da sei dies hier ein Baustein. Man sei auf dem Weg. Es sei nie der Ansatz gewesen, jetzt mache man einen Antrag und die ganze Welt wäre glücklich, weil alle Aspekte zur Nachhaltigkeit abgearbeitet wären. Aber so zu tun, als wenn das alles nur im Globalen auf die 17 SDGs runter gehe, damit tue man dem Antrag auch unrecht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, der Ausschuss für Heimat und Kommunales habe den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD angenommen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

